

## Stramm rechts und ewiggestrig

### Der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) in Düren

#### Der „Bund der Vertriebenen“

Der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) zählt nach eigenen Angaben etwa 2 Millionen Mitglieder. Gegliedert ist der BdV in 16 Landes- und 422 Kreisverbände. Die rund 20 Landsmannschaften, von den „Banater Schwaben“ bis zu den „Buchenlanddeutschen“ sind in 193 landsmannschaftliche Landesgruppen und darüber hinaus in Orts- und Kreisgruppen organisiert. In der Öffentlichkeit präsentiert sich der BdV gerne als Trachtenverein, der nur die Erinnerung an die Kultur in den ehemaligen deutschen Ostgebieten bewahren möchte. Ganz so harmlos stellt sich der Verband in der Realität dann doch nicht dar, denn die Politik des BdV ist nach wie vor auf eine Revision der deutschen Grenzen ausgerichtet. Diese Programmatik erklärt auch die Nähe von zahlreichen BdV-Funktionären zu neofaschistischem Gedankengut und Organisationen. Diese Tatsache wurde auch in Düren allzu oft beim „Tag der Heimat“ bewiesen.

#### BdV und Revanchismus

Wenn man heute von Revanchismus spricht, ist vor allem das Streben nach deutschem Einfluss auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete, die seit dem Ende des 2. Weltkriegs aufgrund international anerkannter Beschlüsse zum Souveränitätsbereich Polens, Russlands und Tschechiens gehören. Zwar haben die so genann-

ten „Vertriebenenverbände“ in ihrer „Charta“ von 1950 ausdrücklich auf „Rache und Vergeltung“ verzichtet, in ihrer praktischen Politik hört man immer wieder aber auch andere Töne. Erinnert sei nur an das Verhalten der so genannten „Vertriebenenverbände“ hinsichtlich des Abschlusses der Ostverträge in den 70er Jahren, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen 1990 und die zuletzt verabschiedeten „Deutsch-tschechischen Verträge“. Da war dann wieder plötzlich die Rede von „Verzichtspolitik“, der Preisgabe „deutscher Heimat“, von „offenen Vermögensfragen“, „Entschädigung“ oder gar „Rückgabe“ dieser Gebiete. Wie die „Vertriebenenverbände“ zu dieser Frage wirklich stehen, sieht man nicht nur auf ihren „Landsmannschaftstreffen“ und den alljährlich stattfindenden „Tagen der Heimat“ im September, wo Hunderttausende himmobiliert werden, um für ihre „Minderheiten- und Volksgruppenrechte“ einzutreten.

Auf welcher Seite war denn die Mehrheit der Deutschen in diesen Gebieten, als es um die „Minderheiten- und Volksgruppenrechte“ der Polen, der Tschechen, der Russen, der Juden oder der so genannten „Zigeuner“ ging? Eine große Zahl der in den damaligen Ostgebieten lebenden Deutschen hat sich gegenüber diesen Nachbarn verhalten wie die Barbaren. Viele dieser dort lebenden Menschen wurden enteignet, deportiert, versklavt, ermordet. Verhaftet und eingesperrt, sofern sie nicht fliehen konnten oder wollten, wurden aber auch die deutschen Gegner des Naziregimes. Aspek-



Logo des „Bundes der Vertriebenen“.

#### Herausgeber:

Antifa Düren  
PF 10 03 28  
52303 Düren  
[www.antifa-dueren.de](http://www.antifa-dueren.de)  
[info@antifa-dueren.de](mailto:info@antifa-dueren.de)

te, die in der Geschichtsschreibung der „Vertriebenenverbände“ nur zu gerne vergessen werden.

### **„Vertriebene“: Nicht Opfer, sondern Täter!**

Wenn sich die „Vertriebenenverbände“ in einer Opferrolle sehen, ist dies Geschichtsrevisionismus. Die „Vertriebenen“ waren in ihrer Mehrheit Täter oder Mitläufer. Erinnert sei nur daran, dass 90% aller Sudetendeutschen 1937 mit der Wahl der nationalsozialistischen „Sudetendeutschen Partei“ sich hinter die verbrecherische Politik des Naziregimes gestellt hatten.

Die eigentliche Ursache für die so genannte „Vertreibung“ oder besser Aussiedlung der Deutschen aus den damaligen Ostgebieten ist bereits viel früher zu suchen. Nämlich in der Machtübertragung an die Nazis 1933. Dies wollen vor allem die Funktionäre der „Vertriebenenverbände“ auch nach mehr als 50 Jahren nicht wahrhaben.

Diese Einstellung findet sich aber nicht nur bei den „Vertriebenen“. Die so genannten „Vertriebenenverbände“ werden, ungeachtet ihrer politischen Zielstellung, in jedem Jahr mit einer zweistelligen Millionensumme aus Bundesmitteln unterstützt. Unvorstellbar, dass eine solche Summe antifaschistischen und antirassistischen Initiativen und Organisationen für ihre Arbeit vor Ort zur Verfügung gestellt würde. Zwar hat es einige Kürzungen gegeben und auch die institutionelle Förderung für einzelne Einrichtungen ist weggefallen. Einen grundlegenden Wandel in der Haltung des Staates zu den „Vertriebenenverbänden“ bedeutet dies allerdings nicht.

Während des NATO-Krieges gegen die jugoslawische Republik standen die „Vertriebenenverbände“ mit in der vordersten Reihe der Kriegspropagandisten. Vor allem in der Frage der Propagierung der These von der Gleichsetzung der Kosovo-Albaner mit der Aussiedlung der Mehrheit der Deutschen aus den damaligen Ostgebieten. Kritiker dieser Gleichsetzung, wie z. B. die Mitherausgeberin der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, Marion Gräfin Dönhoff, selbst eine gebürtige Ostpreußin, wurde in der Revanchistenpresse attackiert und sogar wegen „Volksverhetzung“ angezeigt. Die von SPD-Bundeskanzler Schröder bei der zentralen Veranstaltung des „Bundes der Vertriebenen“ zum „Tag der Heimat“

und der Auftritt des SPD-Innenministers Schily als Festredner beim BdV, wo er die Linke wegen ihrer Haltung zu den „Vertriebenen“ kritisierte, wiegt die Rolle der „Vertriebenen“ eher wieder auf.

Werden so nicht aus Tätern und Mitläufern „Opfer“ gemacht?

### **Neofaschisten beim „Tag der Heimat“ in Düren**

Der BdV im Kreis Düren tritt selten in Erscheinung. Nur einmal im Jahr, zum so genannten „Tag der Heimat“ ist er öffentlich präsent. An den Veranstaltungen nahmen bisher immer mehrere hundert Menschen teil, darunter immer Vertreter der bürgerlichen Parteien und Repräsentanten von Stadt und Kreis Düren (Bürgermeister, Landrat etc.). Der Skandal besteht darin, dass in Düren regelmäßig Neofaschisten als Festredner beim „Tag der Heimat“ auftraten. Also ist die stramm rechte Ausrichtung des BdV auch auf lokaler Ebene deutlich. Dennoch werden die Funktionäre des BdV von den Lokalpolitikern (vor allem der CDU) als „alte Menschen“ und „ehrenwerte Bürger“ verharmlost. Ein Rückblick über die vergangenen Jahre sollte sie eines besseren belehren.

Denn in den vergangenen Jahren sollten mindestens vier Redner in Düren sprechen, die eindeutig der neofaschistischen Szene zuzuordnen sind.

#### **1995: Renate Sappelt**

Bereits 1995 sprach Renate Sappelt von der „Schlesischen Jugend“. Sie gehörte dem Landesvorstand NRW von rechtsextremen „Bund für Gesamtdeutschland“, der u.a. mit der NPD zusammenarbeitet.

#### **1999: Ortwin Lowack**

1999 sprach zum 50. „Tag der Heimat“ auf der Veranstaltung in der Stadthalle Düren Ortwin Lowack. Seine Verbindungen ins neofaschistische Lager dokumentieren sich laut „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“ unter anderem in Form von Interviews für die neofaschistischen Zeitungen „Junge Freiheit“ und „Europa Vorn“. Lowack war Mitbegründer und Vorsitzender der Rechtspartei „Freie Bürger Union“ mit guten Kontakten zu Brunners



CDU-Plakat: Revanchismus aus der „Mitte“ der Gesellschaft.

„Bund freier Bürger“. Als Vorsitzender der „Deutsch-Chinesischen Gesellschaft“ referierte Lowack laut „Antifaschistische Nachrichten“ vom 15.10. 1998 auf einer Veranstaltung der „Salem- Bio-Akademie“ 1995 gemeinsam mit anderen Neofaschisten. Unter ihnen Ernst Otto Cohns, über den Bernd Wagner, Ex-Staatsschutz- Chef der fünf neuen Bundesländer weiß: „Ernst Otto Cohns verteilte antisemitisches Material, ließ Anzeigen in rechtsextremen Zeitungen schalten und verbreitete die Behauptung von der Auschwitz-Lüge“ Die Journalistin Jutta Dittfurt präziserte die Vorwürfe: „Cohns besaß früher einen Verlag, in dem er Bücher wie ‚Es gab keine Gaskammern‘ oder ‚Der Auschwitz-Mythos‘ herausbrachte“.

Den Rednerreigen hatte laut Programm Karl Basler eröffnet. Der ehemalige NPD- Landtagsabgeordnete taucht im baden- württembergischen Verfassungsschutzbericht für 1996

Freilassung einsitzender SS- Verbrecher beten.

### 2000: Rüdiger Goldmann

Nachforschungen im Jahr 2000 hatten ergeben, dass Rüdiger Goldmann als Hauptredner beim „Tag der Heimat“ des BdV-Kreisverbandes Düren auftreten soll. Schnell wurde klar, dass der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete zu den Hardlinern im BdV zählt. Jahrzehntlang gehörte er dem „Witikobund“, zeitweise als Funktionär an. Zu den Gründern des Vereins 1948 zählten ausschließlich Nazis, die zuvor bereits eine Karriere in verschiedenen NS-Organisationen oder der „Sudetendeutschen Partei“ hinter sich hatten. Noch heute finden sich im „Witikobund“ zahlreiche alte und neue Faschisten. Nicht zuletzt durch Doppelmitgliedschaften überschneidet sich der „Witikobund“ personell mit NPD, DVU und Republikanern. Weiterhin wurde mehrere Artikel und Interviews mit Goldmann in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ veröffentlicht. Zudem wurde in Leserbriefen Goldmanns z.B. in der



„Junge Freiheit“- Autor und ex- „Witikone“ Rüdiger Goldmann.



„Tag der Heimat“ 2000: Antifaschisten blockieren den Eingang zum „Gasthof Düren-Ost“.

auf. Denn auf einem Kongress der ultrarechten Autoren- und Verleger- Vereinigung „Gesellschaft für freie Publizistik“ hatte er so richtig vom Leder gezogen: „Seit 1945 wollen uns die Vertreter der westlichen Besatzungsmächte darüber belehren, dass die persönliche Freiheit aus ihren Länder zu uns gekommen sei, und die Bonner Kreaturen, diese ‚Umerzieher‘ sehen seit 50. Jahren ihre Aufgabe darin, diesen eklatanten Schwachsinn zur Grundlage ihrer schändlichen Unterwerfungspolitik zu machen“ Aber auch der Ruf der Veranstalter lässt zu wünschen übrig. Salem-Chef Gottfried Johannes Müller ließ im Kinderheim der „Bruderschaft Salem“ zum Beispiel für die

„Rheinischen Post“ dessen antisemitische Haltung deutlich. Der Abgeordnete der PDS/Offenen Liste im Dürener Stadtrat, Lothar Böling, stellte einen Dringlichkeitsantrag, in dem gefordert wurde, keine Vertreter der Stadt zum „Tag der Heimat“ zu entsenden. Begründet wurde dies mit dem Auftreten Goldmanns. Die CDU-Mehrheit im Rat lehnte den Antrag ab, jedoch gingen SPD und Grüne auf Distanz. Landrat Wolfgang Spelthahn (CDU) hielt weiter an seiner Schirmherrschaft über den „Tag der Heimat“ fest. Gegenüber der lokalen Presse erklärte er: „Wir haben mit Polizei und Staatsschutz geprüft: Zurzeit liegen keine Erkenntnisse vor, dass Rüdiger Goldmann nicht auf dem Boden der Verfassung steht“. Am „Tag der Heimat“ selbst demonstrierten dann



Hardliner: Karl Heinz Weschke, BdV-Kreisvorsitzender.



Proteste gegen den „Tag der Heimat“ im September 2000 in Düren.

etwa 150 Antifaschisten durch Dürens Innenstadt. Nach Ende der Demonstration blockierten die Demonstranten für ca. eine Stunde den Eingang zum Hotel „Düren-Ost“, dem Ort wo die Veranstaltung der Revanchisten stattfand. Die BdV-Mitglieder mussten notgedrungen den Hintereingang benutzen, der Haupteingang wurde von Bereitschaftspolizisten dichtgemacht.

### 2001: Paul Latussek



Musste zu Hause bleiben: Neofaschist Paul Latussek.

Man hätte erwarten können, dass nach der öffentlichen Auseinandersetzung um Goldmann die BdV-Funktionäre vor Ort vorsichtiger bei der Auswahl des Hauptredners sein würden. Genau das Gegenteil war der Fall: im September 2001 sollte Paul Latussek, der damalige Landesvorsitzende des BdV in Thüringen, in Düren sprechen. Nach 1989 hatte Latussek verschiedene Positionen in den rechten Parteien DSU und „Bund freier Bürger“ (BfB) inne. Im Laufe der Zeit radikalisierte sich Latussek zunehmend. So schrieb er z. B. Beiträge für das offen neofaschistische Theorieorgan „Nation & Europa“ oder trat bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ als Referent auf. Unter anderem soll er einen Fernsehwerbespot für die NPD finanziert haben. Die Liste von Verbindungen Latusseks' in das neofaschistische Lager ließe sich noch lange fortsetzen. Für die Antifaschisten in Düren war klar: nach dem ihm Vorjahr gegen Goldmann protestiert wurde, konnte zum geplanten Auftritt Latusseks' auf keinen Fall geschwiegen werden. Die Rechercheergebnisse wurden veröffentlicht und gleichzeitig erneuter Widerstand gegen den „Tag der

Zögern geschlossen vom BdV ab. Der CDU - Landrat Spelthahn legte seine schon zugesagte Schirmherrschaft nieder, die SPD forderte gar den BdV-Kreisvorsitzende Karl - Heinz Weschke zum Rücktritt auf. Dieser hielt mit aller Macht an dem geplanten neofaschistischen Redner fest. „Paul Latussek ist ein untadeliger Mann, gegen den man nichts sagen kann“ äußerte er gegenüber der lokalen Presse. Diese Position nahm auch der BdV-Landesvorstand ein, der ausdrücklich die Haltung Weschkes unterstützte (Weschke ist selbst Mitglied im Landesvorstand). Erst nachdem der Protest von allen Seiten weiter zugenommen hatte, wurde Latussek eingeladen - angeblich. Nach dem „Tag der Heimat“ verkündete Weschke: „Wir haben Herrn Dr. Latussek nicht eingeladen. Er hat verzichtet, zu sprechen“. Um die hohen Wogen zu glätten, war Dürens CDU-Bürgermeister Larue als Redner für den zu Hause gebliebenen Latussek eingesprungen. Der SPD - Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan und ein Pfarrer der evangelischen Gemeinde versuchten in Dürens Stadthalle in ihren Grußadressen Kritik an der Offenheit nach ganz Rechts des BdV zu üben. Sie ernteten dafür Pfiffe und Zwischenrufe. Als Nietan von den politischen Realitäten in Berlin bezüglich der Oder-Neiße-Linie sprach, wurde er von Weschke mit den Worten „Hören Sie auf, sie sollen hier nur ein Grußwort sprechen“ unterbrochen. Vor der Tür protestierten etwa 25 Antifaschisten gegen die revanchistische Ausrichtung des BdV.

### Fazit

Diese Erfahrungen machen deutlich: die Zusammenarbeit mit Neofaschisten ist Programm des BdV in Düren. Es ist ein Skandal, wenn diese Leute sich zum „Tag der Heimat“ 2002 am 7. September im Rathausfoyer mit Segen des Bürgermeisters treffen dürfen. So wird neofaschistisches Gedankengut salonfähig gemacht. Durch die Präsenz auf dem Kaiserplatz mit dem „Ostdeutschen Markt“ wird die revanchistische Ideologie der „Vertriebenen“ massiv in die Öffentlichkeit getragen. Sicher: nicht alle Mitglieder des BdV sind Neonazis oder Revanchisten. Aber solange rechte Funktionäre wie der Hardliner Weschke das Sagen haben, sollte dem BdV keine Chance gegeben werden, öffentlich aufzutreten.



Schützenhilfe von der NPD: Artikel in der „Deutschen Stimme“.

Heimat“ angekündigt. Das Ergebnis: im Gegensatz zum Vorjahr rückten die bürgerlichen Parteien nach einigem